

**Vorstand der Konferenz Europäischer Kirchen
Brüssel, 8. bis 10. Juni 2016**

**Erklärung zu öffentlichen Angelegenheiten: Ein Europa, das Flüchtlinge schützt und
willkommen heißt**

*„Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, dass
Migranten und Migrantinnen, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig
aufgenommen werden.“*

*„Wir engagieren uns für eine Friedensordnung
auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen. Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen
Menschen, besonders gegen Frauen und Kinder.“ Charta Oecumenica*

Für Europa steht ein weiterer Sommer vor der Tür, in dem große Gruppen von Flüchtlingen und Migranten und Migrantinnen an den Grenzen und Küsten von europäischen Staaten eintreffen werden. Für Länder in Südeuropa sowie für diejenigen Staaten, die bereits große Zahlen von Flüchtlingen aufgenommen haben, stellt dies eine besondere Herausforderung dar.

Konflikte im Nahen Osten und in mehreren afrikanischen Ländern führen zu massiven Vertreibungen von Bevölkerungen. Den an Konfliktregionen angrenzenden Staaten gehört Anerkennung, und sie müssen von der internationalen Gemeinschaft wesentlich unterstützt werden, denn sie nehmen die größten Zahlen von Flüchtlingen auf. Während für Länder im Nahen Osten mehr Unterstützung versprochen wurde, ist es eine schmerzliche Tatsache, festzustellen, dass die grundlegendsten Bedürfnisse, wie Nahrung und angemessene Unterkunft, in vielen Situationen in den Konfliktgebieten nicht gewährt werden können. Die Organisationen der Vereinten Nationen brauchen immer noch dringende Finanzierung, um auf die verschiedenen Krisen reagieren zu können. Die KEK anerkennt, dass viele europäische Staaten Anstrengungen unterstützen, um in Konfliktregionen den Frieden wieder herzustellen. Der KEK-Vorstand heißt diese Anstrengungen willkommen und ermutigt diejenigen Staaten Europas, die sich noch nicht aktiv daran beteiligen, sich diesen Ländern anzuschließen. Doch auch für die Aufarbeitung der Ursachen, die zu den Vertreibungen führen, müssen wir uns ernsthaft engagieren und die vereinbarten Nachhaltigkeitsziele umsetzen. Friedlichen Lösungen von Konflikten und gerechteren Handelsbeziehungen muss größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Der Vorstand der Konferenz Europäischer Kirchen ist dankbar und anerkennt die Arbeit der Mitgliedskirchen, die gemeinsam mit anderen Instanzen den Flüchtlingen weiterhin Unterstützung bieten und sie willkommen heißen. Vielerorts ist diese Unterstützung unerlässlich, um eine ordentliche Aufnahme von neu eintreffenden Menschen zu gewährleisten und unabdingbar, um gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen ihnen und der Bevölkerung vor Ort herzustellen. Der KEK-Vorstand begrüßt auch alle Anstrengungen, die darauf abzielen, die zunehmend unmenschliche Rhetorik zu kontern, die von einigen politischen Akteuren den Flüchtlingen und Migranten gegenüber an den Tag gelegt wird. Der Vorstand ist sich bewusst, dass in Kirchen in verschiedenen europäischen Ländern auch unterschiedliche Meinungen vorherrschen, die manchmal über die beste

Art und Weise, wie auf die Herausforderungen reagiert werden sollte, zu Kontroversen führen. Doch ermutigt der Vorstand Mitgliedskirchen, sich auch weiterhin in einem regelmäßigen und systematischen Austausch untereinander über die Flüchtlingssituation zu engagieren, sowie darüber, wie Kirchen am besten und wirksamsten auf den Aufruf, „Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen“ (Mt. 25,35), reagieren können.

Der KEK-Vorstand ist überzeugt, dass Europa für den Schutz der Flüchtlinge sowohl über die nötigen Fähigkeiten verfügt, als auch eine Verantwortung trägt. Er drückt seine Besorgnis aus über die Bestrebungen zur Abschiebung dieser Verantwortung auf andere Regionen, die weniger gut für die Beherbergung von Flüchtlingen ausgerüstet sind. Eine ganz besonders besorgniserregende Angelegenheit ist in diesem Zusammenhang das Abkommen zwischen der EU und der Türkei, das die Gefahr mit sich bringt, dass Flüchtlinge überhaupt keinen Schutz finden, sondern in die Konfliktgebiete zurückgeschickt werden. Dem Vorstand wurde seit den Neuerungen der Asyl-Gesetzgebung von vielen Einschränkungen für Asylbewerberinnen und -bewerber unter Schutzstatus in zahlreichen europäischen Staaten berichtet. Besonders schockierend sind Einschränkungen des Familienlebens für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber, deshalb ruft der Vorstand Regierungen von europäischen Staaten auf, das Grundrecht auf Achtung des Familienlebens aufrecht zu erhalten und den Zugang von Familienangehörigen zu den nötigen Verfahren zu verbessern. Kirchen befürchten, dass sogar diejenigen Personen, die für Europa ein Einreiserecht haben, nicht in der Lage sind, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Solche Einschränkungen sind für das Wohlergehen von betroffenen Kindern und Erwachsenen extrem belastend.

Der Beitrag zum Schutz der an Europas Türen anklopfenden Flüchtlinge bleibt eine Verantwortung Europas. Der KEK-Vorstand bedauert, dass seit Jahresbeginn hunderte von Personen beim Versuch, Europa zu erreichen, ihr Leben verloren haben. Er bekräftigt deshalb seinen Aufruf, sichere Wege zur EU zu schaffen durch die Zurverfügungstellung von zusätzlichen Möglichkeiten zur Wiederansiedlung von Flüchtlingen, durch humanitäre Visa, bessere Familienzusammenführung und Aufhebung von Visumspflichten.

Der KEK-Vorstand ermutigt europäische Staaten und EU-Institutionen, sich auf sinnvolle Weise zu engagieren und zur im September geplanten UN-Gipfelkonferenz über die Bewegungen von Flüchtlingen und Migranten und Migrantinnen beizutragen.